

Kreiskonferenz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen 28. Mai 2005, Zwickau

Gegenstand:

Bildungspolitik

Antragsteller:

LKG Bildung

Bemerkungen:

Abstimmung:

Stimmen abgegeben:
Grüftig:
Ja: Nein: Enth:
Zurückgezogen:
Modifizierte Übernahme:

TO-Punkt

B-1

Kleine Schulen im ländlichen Raum retten

Neuausrichtung der Schulnetzplanung in Sachsen

- 5 Nach dem gegenwärtigen Stand der Schulnetzplanung durch den Freistaat Sachsen steht ein großer Teil der sächsischen Schullandschaft zur Disposition. So droht mit der Schließung von 125 Mittelschulen ein knappes Drittel des sächsischen Mittelschulnetzes wegzufallen. Weiteren acht Gymnasien und über 50 Grundschulen steht die schleichende Schließung per Mitwirkungsentzug durch den Freistaat bevor.
- 10 Die Kahlschlagspolitik des Kultusministeriums wird somit zu einer irreversiblen Ausdünnung des Schulnetzes zu führen. Die daraus folgenden Konsequenzen deutlich längerer Schulwege und Unterricht in „Lernfabriken“ halten wir für nicht zumutbar. Die weitere Schließung von Schulstandorten bringt darüber hinaus für die ländlichen Räume einen erheblichen Verlust an kulturellen Zentren und notwendiger Bildungsinfrastruktur mit sich. Schließlich sind die kommunalen Schulträger von Rückforderungen für ausgereichte Fördermittel zur Schulhaussanierung akut bedroht.
- 15

20 Die derzeitigen Pläne der Staatsregierung werden in einer Situation wirksam, in der der geburtenschwächste Jahrgang die Grundschulen verlässt und die zukünftigen Schülerströme zu Gymnasium und Mittelschule absehbar stabil bzw. ansteigend sind. Diese Fakten werden in der Schulnetzplanung und Genehmigungspraxis durch das Kultusministerium nicht beachtet. Leider ist es auch der SPD in der Koalition nicht gelungen, die guten Ansätze ihres Schulreformkonzeptes auch nur ansatzweise in praktische Politik umzusetzen.

25 Die bisherige Schulnetzplanung hat zu erheblichen finanziellen Kosten und Fehlplanungen geführt, ohne dass das Ziel eines bestandssicheren Schulnetzes erreicht wurde. Die pädagogische Qualität einzelner Schulen wurde ebenso wenig berücksichtigt wie lokale Schwankungen der Schülerzahlen. Über den von der Staatsregierung behaupteten pädagogischen und finanziellen Nutzen der laufenden Schulnetzplanung besteht Uneinigkeit: wir GRÜNEN können jedenfalls keinerlei nennenswerte Erfolge feststellen: 1/3 Abiturquote, ca. 25 % „formale Schulversager“ sprechen für sich. Größere Schulen und höhere pädagogische

Qualität stehen zudem nach Erkenntnissen der Schulforschung in keinem ursächlichen Zusammenhang. Kleinere Schulen schneiden insbesondere in den Bereichen Schumatmosphäre, Individualisierung von Unterricht und Zusammenarbeit der Lehrkräfte positiv ab.

- 5 Eine Neuausrichtung der Regeln für die Schulnetzplanung in Sachsen ist daher unumgänglich. Notwendig ist ein Moratorium für Schulschließungen. Unter Einbeziehung von Freistaat, Kommunen und betroffenen Schülern, Eltern und Lehrern sollen neue und langfristig tragfähige Kriterien für den Schulerhalt vereinbart werden.
- 10 Die Grüne Landtagsfraktion hat in einem Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes bereits Vorschläge für Kriterien einer neuen Schulnetzplanung auf den Tisch gelegt. Danach soll die Mindestgröße für den Erhalt von Schulen erheblich gesenkt werden. So sollen an Grundschulen 15 Schüler, an Mittelschulen 25 Schüler und an Gymnasien 50 Schüler für den jeweils ersten Jahrgang ausreichen. Schülerzahlschwankungen können im Rahmen einer Mindestschülerzahl für die gesamte Schule ausgeglichen werden. So müssen für den Erhalt der Schulen an Grundschulen mindestens 60, an Mittelschulen mindestens 150 und an Gymnasien mindestens 400 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden.

Die Kreiskonferenz fordert daher:

- 20 1. die Staatsregierung auf, unverzüglich ein Moratorium Schulschließungen herbeizuführen und einen Landesbeirat „Schulnetzplanung“, welcher zu je 1/3 aus VertreterInnen der Staatsregierung, der Kommunen sowie Eltern + LehrerInnen + SchülerInnen zusammengesetzt ist einzuberufen, um eine konsensfähige Überprüfung der Schulnetzplanung mit dem Ziel, insbes. Wohnortnahe Schulen im ländlichen Raum zu erhalten, herbeizuführen; darüber hinaus fordern wir den Landtag auf, ein neues Schulgesetz zu beschließen, welches jene Forderungen umsetzt und damit Rechtssicherheit für alle Beteiligten schafft;
- 25 2. alle bündnisgrüne KommunalpolitikerInnen auf, vor Ort Initiativen gegen drohende Schließungen oder Mitwirkungsentzüge ihrer Schulen zu initiieren und lokale Bündnisse gegen Schulschließungen zu unterstützen. Grüne Stadt- und Kreisräte werden aufgefordert, in den Kommunalparlamenten ihre ablehnende Haltung zur derzeitigen Schulnetzpolitik zum Ausdruck zu bringen;
- 30 3. den Landesverband auf, Initiativen gegen die Schulnetzpolitik des Freistaates auf Landesebene zu unterstützen;
- 35 4. die Landtagsfraktion auf, weitere parlamentarische Initiativen zu ergreifen, die insbesondere die gesetzlichen Grundlagen der aktuellen Schulnetzpolitik berühren. Insbesondere soll sich die Landtagsfraktion für eine deutliche Senkung der Mindestschülerzahlen, für die Aufhebung der Mindestzügigkeit und für die Neuausrichtung der Schulnetzplanung unter Beteiligung der Betroffenen auf parlamentarischem Wege einsetzen. Landkreisen und kreisfreien Städten sollen erhöhte Kompetenzen und Verantwortung für die Erhaltung eines wohnortnahen Bildungsangebotes zustehen.

40 Begründung:

Vor dem Hintergrund einer erneuten Schulschließungswelle und der gestiegenen Aufmerksamkeit für die Schulpolitik im Freistaat müssen die Vertreter von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Sachsen lokal wie landesweit ihr Engagement für kleine, wohnortnahe Schulen koordinieren und stärken. Der starke Widerstand, der dem Kultusministerium in der Schulnetzfrage entgegen schlägt, muss für eine klare Profilierung und Positionierung grüner Schulpolitik vor Ort genutzt werden.

45

weitere Begründung mündlich